

# DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 13 / FRÜHJAHR 2007



Privatisierung  
DER NEUE SUPPENKASPAR

*Heribert Prantl*

Politische Akademien  
ZWEI AN EINEM SEE

*Florian Sattler*

Parlamente  
AUF DIE BARRIKADE

*Hildegard Hamm-Brücher*

Demontage einer Kokerei  
LOSERS AND WINNERS

*Dokumentarfilm von Ulrike Franke und Michael Loeken*

D, AU: 8 Euro, CH: 14 Fr

1 3



4

# Querschnittsthemen und Schlüsselfragen

Auch für den ökonomischen Laien ist die Elektronik heute ein Produktfeld, dessen technologische Bedeutung er nicht mehr unterschätzt. Die deutschen Unternehmen dieser Industrie sind im Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) organisiert, und zwar im Fachverband Electronic Components and Systems (ECS). Welche politische Rolle spielt ein solcher Verband in den Kulissen des deutschen Wirtschaftslebens?

## *Interview mit Peter Bauer und Christoph Stoppok*

*Der ZVEI-Fachverband ECS hält, wie im Vereinsrecht vorgeschrieben, regelmäßige Mitgliederversammlungen ab. Wie laufen diese Versammlungen ab? Worüber wird dort gesprochen?*

Christoph Stoppok: Neben den laufenden Kontakten der Mitgliedsfirmen untereinander ist die jährliche Mitgliederversammlung die Gelegenheit, einmal nicht-alltägliche Dinge in großer Runde zu besprechen und dabei aktuelle oder zukünftig relevante Branchenthemen aufzugreifen. In den letzten drei Jahren waren Beispiele hierfür die Situation Deutschlands in der weltwirtschaftlichen Vernetzung oder auch – ein etwas komplizierteres Thema – die Strukturveränderungen innerhalb der weltweiten Wertschöpfungsketten. Die Unternehmen unseres Fachverbandes sind einem besonders starken Globalisierungsdruck ausgesetzt. Im Wesentlichen standen daher im Vordergrund die Herausforderungen der Globalisierung und wie die Unternehmen sie erfahren. Und natürlich, ein ganz wesentlicher Punkt, erstatten wir den Mitgliedern darüber Bericht, was innerhalb des Verbandes, auch in Richtung anderer Fachverbände, an Aktivitäten gelaufen ist und was in den nächsten Monaten noch auf uns zukommen könnte.

Peter Bauer: Unsere Mitgliedsfirmen kommen aus dem Feld der elektronischen Bauelemente und Systeme – es handelt sich also zum Beispiel um Unternehmen, die Mikroelektronik- bzw. Halbleiterprodukte entwickeln, herstellen und vertreiben; sie sind Zulieferer für die unterschiedlichsten Branchen. Vergleicht man die Randbedingungen, unter denen diese Firmen arbeiten, so verhalten sich ihre Zielmärkte und Abnehmer sehr verschieden – was man sich bei einer Gegenüberstellung von Auto und Mobiltelefon leicht klarmachen kann.

Was aber alle in gleicher Weise interessiert, ist ein Blick in die nähere Zukunft und auch die Kenntnis der Einflüsse des politischen Umfelds auf ihre geschäftlichen Aktivitäten; natürlich verbunden mit der Frage, inwieweit und ob überhaupt diese Zukunft von ihnen mitgestaltet werden kann. Die Beantwortung ist oft überlebenskritisch für unsere im weltweiten Wettbewerb stehenden Firmen und, was sehr häufig



*Peter Bauer, Mitglied des Vorstands der Infineon AG Deutschland und Vorsitzender des ZVEI-Fachverbandes ECS*

übersehen wird, für die Erhaltung unserer Standorte in Deutschland.

Selbstverständlich sehen wir gern, wie die Politik sich bemüht, Rahmenbedingungen zu schaffen, aus denen heraus uns Unternehmern das „Unternehmen“ (also die unternehmerische Tätigkeit) zum Wohl der Gesamtwirtschaft gelingen soll. Aber noch lieber hätten wir es, wenn es zu einem schnelleren Dialog zwischen Politik und den Unternehmen käme. Wir sehen daher einen Schwerpunkt der Verbandsarbeit darin, unsere Mitglieder aufzuklären, Handlungsoptionen aufzuzeigen und den Dialog mit der Politik zu führen. Bedauerlicherweise wird dies heute in der lesenden und fernsehenden Öffentlichkeit lediglich als Lobbyismus hingestellt.

Man sollte meinen, dass in Deutschland von der Bildungspolitik bis hin zur Forschungsförderungspolitik ja schon manches getan wird. Nach konzertierter Aktion sieht das aber nicht immer aus, und im weltweiten Vergleich ist es oft nicht wettbewerbsfähig.

*Wer sind denn nun die Unternehmen des Verbandes, der in dieser Weise des Lobbyismus verdächtigt wird?*

Christoph Stoppok: Das sind zunächst einmal die Firmen, die – um es einmal technisch präzise auszudrücken – elektromechanische, passive und aktive Bauelemente entwickeln, herstellen und vertreiben. Hinzu kommen noch die Herstellerfirmen für Leiterplatten sowie deren Zulieferer und diejenigen Firmen,



*Christoph Stoppok, Geschäftsführer des Fachverbands  
Electronic Components and Systems im ZVEI*

die im Auftrag für andere die Leiterplatten bestücken und sie zu funktionsfähigen elektronischen Baugruppen zusammenfügen. Insgesamt sind das über 250 Firmen. Wobei die überwiegende Mehrheit mittelständische Größenordnungen hat.

Peter Bauer: Sie finden heute fast keinen Lebensbereich mehr, in den die Mikroelektronik nicht Einzug gehalten hat. Bauelemente – leider verstehen viele, die nicht aus der Branche kommen, darunter immer noch ausschließlich sehr große Bauteile, wie man sie etwa für den Bau eines Hauses braucht – sind die Komponenten, die vom Flugzeug, Zug oder Auto, von der Klimaanlage, ja selbst vom Kraftwerk bis zum Handy und zum MP3-Player alles steuern. Sie verlangen

einen ungeheuren Forschungs- und Entwicklungsaufwand, der von den Mitgliedsfirmen des Verbandes geleistet wird. Die Firmen betreiben Grundlagenforschung und dann natürlich die Entwicklung sowohl des Produkts als auch seiner Anwendung. Sie stellen das Produkt her und vertreiben es weltweit. Wenn Ihr Auto zuverlässig fährt, wenn der ICE ordentlich beschleunigt und bremst, wenn Ihre Hausgeräte Ihnen Arbeit abnehmen, dann stecken auch die Firmen dahinter, die die dafür erforderliche Mikroelektronik entwickelt haben. Also, ohne diese Bauelemente sind die meisten Applikationen in unserer modernen Gesellschaft überhaupt nicht realisierbar.

*Haben diese Firmen aber heute noch, angesichts der erfolgreichen süd- und ostasiatischen Konkurrenten, eine so große Bedeutung wie früher?*

Peter Bauer: Wir können immer noch und mit Stolz sagen, dass wir im Qualitäts- und Zeitwettbewerb eine sehr gute Position innehaben. Um den Vorsprung, den wir in manchen Bereichen (noch) haben, zu halten oder gar weiter auszubauen, müssen wir im Kontext einer global aktiven Industrie in Deutschland vor allem schneller sein. Das betrifft in erster Linie Branchen wie den Werkzeugmaschinenbau, den Anlagenbau, die Kfz-Elektronik und die Antriebstechnik; also Felder, die von der Mikroelektronik dominiert werden und wo Innovation ohne Mikroelektronik nicht möglich ist.

Ein ganz entscheidender Punkt ist, dass die von Ihnen erwähnten anderen Erdteile die besprochene Technik bereits ebenfalls beherrschen und ihrerseits alles daransetzen, uns zu überholen. Aber die von Sonntagsrednern häufig zitierte deutsche Ingenieurskunst gibt's tatsächlich. Allerdings sind wir manchmal nicht die schnellsten in der Umsetzung in Markterfolge. Insbesondere bei Konsumgütern verlieren wir oft Marktanteile auf der Strecke zum Endprodukt, wie es z.B. bei den Mobilfunkgeräten eindrucksvoll demonstriert wurde.

Auf der anderen Seite sind aber auch viele deutsche Produkte zusammen mit ausländischen Partnern entwickelt worden, so dass der rein geografische Aspekt allein nicht immer sehr aussagefähig ist.

Um jedoch auf den Punkt zu kommen: Wir können und müssen bei aller Liebe zum Kosmopolitismus die Wertschöpfung im Lande halten, da unsere Produkte für alle nachfolgenden Industrien große Bedeutung haben. Wir haben keine schlechten Voraussetzungen dafür. Dazu müssen wir jedoch ein forschungsfreundliches Klima schaffen und Wettbewerbsverzerrungen ausgleichen. Reiner Marktfundamentalismus mag die theoretisch richtige Philosophie sein, nur leider regelt er dann die Märkte zugunsten anderer, die sich nicht daran halten.

*Sie sind also überzeugt, dass diese deutschen Unternehmen auch im Zeitalter der Globalisierung noch und auch künftig große Bedeutung haben?*

Christoph Stoppok: Natürlich. Diese Frage ist tatsächlich ein Schwerpunktthema im Verband. Un-

sere vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt diese Frage naturgemäß schon seit langem. Innerhalb weniger Jahre standen lokal tätige, sehr erfolgreiche Unternehmen vor der Notwendigkeit, mit den Abnehmerfirmen, ihren Kunden also, die verstärkt von Deutschland ausgehend im Ausland arbeiten, nicht nur hier, sondern auch im Ausland zu kooperieren. Trotzdem sind sie in Deutschland geblieben. Think global, act local. Die Verweildauer dieser kleinen und mittleren Unternehmen im Verband zeigt, mit welchem großem Erfolg sie das geschafft haben.

Peter Bauer: Eine weitere Bedeutung dieser Unternehmen liegt natürlich auch darin, dass sie in der vernetzten Weltwirtschaft einen Namen haben, eine Marke darstellen. Früher konnte ein Unternehmen innerhalb eines geschützten Raumes arbeiten, das ist heute vorbei – auch im Inland. Heute stehen unsere High-Tech-Unternehmen in einem sehr harten Wettbewerb. Man muss aber auch anerkennen: Das hat frischen Wind in so manche windgeschützte Stube gebracht.

*So dass man sagen könnte: Nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland oder auch in der EU spielen diese Unternehmen weiterhin eine wichtige Rolle.*

Christoph Stoppok: Sie müssen sich bitte einmal vor Augen halten: Unsere Unternehmen erbringen zwischen 5 und 10 Prozent der Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung in Deutschland, und das mit 10 bis 15 Prozent der in der Elektroindustrie Beschäftigten. Sie sind in einer Schlüsselbranche, der Mikroelektronik, tätig; manche sagen auch gern: Schrittmachertechnologie. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Wirtschaft.

Peter Bauer: Die Bedeutung lässt sich aber auch an der Attraktivität ablesen, die diese Firmen auf Absolventen der Hochschulen ausüben. Allerdings sehen wir auch, dass die Qualitäten und die Zahl der Hochschulabsolventen, die wir brauchen, nicht wie in anderen Ländern gegeben sind. Mein Unternehmen hat genau aus diesem Grund auch ein Standbein in Villach, Österreich. Die Zusammenarbeit unseres dortig bestens positionierten Unternehmens mit den Hochschulen und auch der Politik ist für alle Beteiligten von Vorteil.

Es kommt noch ein anderer, oft nicht beachteter Faktor hinzu, der dafür spricht, die Arbeitsplätze unserer Branche im Land zu halten: Wir reden häufig vom unausgeschöpften Potenzial der Dienstleistung. Jedoch – ein Industriearbeitsplatz ernährt drei Dienstleistungsarbeitsplätze.

Allerdings, so hart es sich auch anhört: Mit alten, also mit reifen Technologien kann vermutlich hier in Europa kein Blumentopf mehr gewonnen werden. Nur sogenannte Zukunftstechnologien und ihre Anwendung in Produkten, das ist es, was Arbeitsplätze in Deutschland schafft, in Europa.

Die gern vorgenommene Gegenüberstellung einzelner Bundesländer gegen andere Bundesländer ist viel-

leicht für Politiker interessant; aber ich sehe das als weltweit tätiger und unter europäischen Randbedingungen agierender Unternehmer nicht so lokal beschränkt. Wir sollten einen stärker auf Branchen fokussierten Dialog mit der Politik in Deutschland und Brüssel beginnen. Manchmal sind wir die besten Europäer und lassen uns trotzdem Regeln aufzwingen, die im überregionalen Wettbewerb gegenüber Asien und USA nachteilig sind. Einzelne bisherige Ergebnisse stimmen mich da allerdings zuversichtlich.

*Können Sie auch etwas über die Fluktuation Ihrer Mitglieder sagen? Wie viele verlassen den Verband jährlich, wie viele neue kommen hinzu?*

Christoph Stoppok: Wenn Sie die Frage etwas anders formulieren, ist sie leichter zu beantworten. Aber ich will nicht ausweichen.

Es gibt, kann ich sagen, glücklicherweise nur eine sehr geringe Fluktuation. Um Ihnen aktuelle Zahlen zu nennen: 2006 sind 22 neue Mitglieder hinzugekommen. Wir haben aber gleichzeitig 5 Mitglieder verloren. Wieso neue Mitglieder zu uns kommen, muss ich, glaube ich, nicht erklären. Sie sind einfach von unserer guten Arbeit überzeugt. Wieso verlassen uns aber auch Firmen? Da ist es wie überall im Leben. Zum Teil verschwinden Firmen vom Markt. Damit erklärt sich die Sache von selbst. Teilweise sind wir aber auch noch nicht überzeugend genug und deshalb fallen wir bei einer Aufwands- und Ertragsrechnung hinten runter. Und leider gibt es auch Firmen, die unsere Leistungen durchaus sehen und zu schätzen wissen, aber kalkulieren, dass wir diese Leistungen ohne ihre individuelle Mitgliedschaft erbringen. Dies sind glücklicherweise nicht all zu viele, ansonsten könnten wir unsere Arbeit nicht mehr machen, da am Ende keine Finanzierung der Aufwände da wäre.

*Erlauben Sie noch einen Versuch des Einblicks in den Verband: Wie ist das Verhältnis der Mitglieder untereinander? Ist es stärker von Solidarität und Interessengemeinschaft geprägt oder eher ein eifersüchtiges Konkurrenzverhältnis?*

Christoph Stoppok: In der Regel kennen die Mitglieder sich ja bereits alle vom Markt her. Sie sind entweder miteinander durch Kooperationen verbunden (indem etwa einer für den anderen produziert oder etwas mit ihm entwickelt), oder man steht miteinander im Wettbewerb.

Von Konkurrenzdenken ist innerhalb des Verbandes deshalb oder trotzdem nichts zu spüren. Der Vorteil der Mitgliedschaft besteht ja gerade auch darin, gemeinsam vorhandene oder besser noch: zukünftige, uns alle betreffende Fragestellungen frühzeitig zu erkennen. Und zwar mit dem Ziel, eine gemeinsame Plattform für die Antwort auf diese Fragen zu finden. Themen, die Firmen individuell betreffen, werden nicht behandelt. Natürlich werden auch Themen, die eindeutig Wettbewerbscharakter haben, ausgeklammert. Dadurch wird eine sehr gute Basis für eine konfliktarme Zusammenarbeit geschaffen.

*Wenn man, wie es derzeit immer häufiger zu hören ist, vom Übergang Deutschlands in eine Informations- oder auch eine Wissensgesellschaft spricht: Wo ist dann dort noch ein Platz für eine Industrieproduktion, wie innovativ auch immer?*

Christoph Stoppok: Wir als Verband wollen natürlich nicht die Unterteilungen der Gesellschaft in Wissensgesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft und was sonst noch der Presse, den Sozialwissenschaftlern und Sonntagsrednern einfällt, kritisieren. Es wäre allerdings schön, wenn die Erfinder dieser Begriffe auch einmal sagen würden, was konkret damit gemeint ist. Und welche Halbwertzeit die Begriffe und ihre Inhalte haben. Platz für solche Unternehmen? Die Frage müsste schon etwas präziser gestellt werden.

Peter Bauer: Hier schimmert wohl etwas die unvollendete Diskussion „Von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft“ durch.

Wir haben das Thema in unserem Verband anlässlich mehrerer Treffen behandelt und dazu Experten gehört, die die Zeit haben, sich damit zu beschäftigen. Dabei wurde deutlich, dass das Wohl einer sogenannten Dienstleistungsgesellschaft oder auch Wissensgesellschaft sehr stark von der Existenz einer Industriegesellschaft abhängt. Große Namen aus der Politik und der Wissenschaft sind uns da noch ein paar Antworten auf die Frage schuldig, was mit Dienstleistungsgesellschaft nun konkret gemeint sein soll. Der alleinige Hinweis auf Großbritannien hilft uns überhaupt nicht weiter. Wissen braucht Anwendung, ansonsten wächst es nicht, und eine Nation wechselt die Anwendungsbranchen nicht wie andere Leute die Unterwäsche. Also werden wir uns schon weiter auf unsere Branchen Maschinenbau und Auto verlassen müssen.

*Trotzdem ist ein deutlicher Trend weg von der klassischen Industriegesellschaft und hin zu einem erweiterten Dienstleistungssektor doch kaum zu übersehen.*

Peter Bauer: Wenn eine Firma nach der andern aus Deutschland oder Europa ins manchmal tatsächlich kostengünstigere Ausland abwandert, dann ist, zugegeben, der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft schon zu sehen. Das Verhältnis der Beschäftigtenzahl in Frisierstuben, Wellness-Instituten und Gastwirtschaften zur verbliebenen Anzahl der in der Industrie Beschäftigten verändert sich zugunsten der Dienstleistung. Eine solche Entwicklung wäre auf Dauer aber ähnlich absurd wie eine Firma, die ihr Eigenkapital nur deshalb vermindert, um eine bessere Eigenkapitalrendite vorweisen zu können.

Ob das alles, bis hin zum Ausreifen eines Trends zur Wissensgesellschaft, nun unternehmerische Weitsicht ist, daran kann man schon seine Zweifel haben.

Ich würde den Begriff Wissensgesellschaft aber dann benutzen, wenn ich eine Möglichkeit sähe, Einfluss auf das Bildungswesen im weiteren Sinne zu nehmen. Da liegen bei uns in Deutschland die Dinge im Argen, und genau an diesem Punkt überlegen wir auch,

innerhalb und außerhalb des Verbandes, wie wir das Thema angehen können.

In diesem Zusammenhang bin ich direkt dankbar, dass Sie nicht nach der Föderalismusreform gefragt haben.

*Vielleicht kommen wir ja noch darauf. Aber zunächst: Welchen Einfluss auf das Bildungswesen planen Sie auszuüben? Ist das die Aufgabe eines Industrieverbandes?*

Christoph Stoppok: Keine Frage. Sehr wohl. Hier haben wir in den letzten zehn Jahren eine ganze Reihe von Aktivitäten entfaltet. Da die Themen oft übergreifender Natur sind, arbeiten wir natürlich auch mit anderen Verbänden und Institutionen zusammen, um die Sache voranzubringen. Bei Themen wie Bachelor- und Masterstudiengängen haben wir deutlich unseren Einfluss geltend gemacht – trotz der Befürchtung, die viele geäußert haben, dass der deutsche Diplomingenieur als Markenzeichen verloren gehen würde. Wir sind überzeugt, dass durch den eingeschlagenen Weg ein Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit geliefert wurde.

*Werden von Seiten der Industrie und bestimmter Parteien nicht immer wieder ganz andere deutsche Hemmnisse ins Feld geführt: die bürokratische Überregulierung, der starre Kündigungsschutz?*

Peter Bauer: Wir sind der Sache mal im Rahmen einer Mitgliederversammlung auf den Grund gegangen. Das erstaunliche Ergebnis war, dass ein Vertreter der OECD uns den Spiegel im Vergleich zu anderen Ländern vorhielt und erklärte, dass es gar so viel Grund zum Klagen nun auch nicht gebe. Unsere Steuerpolitik, sagte er, sei im Vergleich gar nicht so hemmend; die so oft und wortreich verpönten Regelwerke stellten ein Stück Berechenbarkeit dar, auf die andere Länder stolz wären. Die Lockerung des Kündigungsschutzes ist aus der Sicht unserer Unternehmen, insbesondere derer, die ein sehr volatiles Geschäft bedienen, sehr berechtigt. Wir sind ja eine Wachstumsbranche, die in der Regel einstellt und manchmal auch konjunkturzyklisch bedingt ausstellen muss, aber insgesamt Arbeitsplätze schafft. Eine Flexibilisierung – auch z.B. der tariflichen Arbeitszeit – ist hier sehr wünschenswert.

*Um das Kind einmal beim Namen zu nennen: Verspricht sich die Politik eine Verbesserung der Beschäftigungssituation nicht auch von einer Senkung der als zu hoch bezeichneten Lohnkosten?*

Peter Bauer: Das Thema Lohnöffnung nach unten ist tatsächlich ein Dauerbrenner. Nur eignet sich dieser Dauerbrenner in unserer Branche nur fürs Süppchenkochen. Wenn Sie in Deutschland oder Westeuropa von den Lohnkosten her nicht mehr wettbewerbsfähig sind, weil die anderen Mitspieler im Weltmarkt nun halt mal mit nur 10 Prozent oder 20 Prozent unserer Kosten auskommen, dann haben wir an der Stelle schon verloren, das kann selbst mit niedrigsten Löhnen bei uns nicht aufgefangen werden.

Wer jetzt hergeht und mit pressewirksamen Vorschlägen arbeitet, die Lohnnebenkosten um eben mal zwei Prozentpunkte zu senken, der zeigt, dass er hier entweder etwas nicht verstanden hat oder dass da etwas nicht verstanden werden soll.

Soll heißen, dass in unserer Industrie, wo man auch in der Fertigung eine hohe Qualifikation der Arbeitnehmer braucht, die Mindestlohndebatte nicht relevant ist. Sehr wohl relevant sind aber die Lohnnebenkosten und die tariflichen Rahmenbedingungen. Das alte Modell: Wir sind mit unserer hervorragenden Entwicklung für Blaupausen zuständig, gefertigt wird in Niedriglohnländern, das hat sich überholt. Schreiben Sie mal der Regierung eines Niedriglohnlandes einen Brief mit dem Hinweis, dass Adam Smith oder Ricardo das so vorgesehen haben, dann bekommen Sie eine feine Antwort. Nämlich, dass die Niedriglohnländer vom Osten Europas bis nach China nicht im Traum daran denken, immer nur verlängerte Werkbänke zu sein.

Hier geht es um das Schaffen von Rahmenbedingungen für Unternehmen, so dass die gar nicht auf die Idee kommen, unentwegt nach den sogenannten Standortvorteilen zu suchen.

*Wollen Sie damit sagen: Wir brauchen in Deutschland wieder eine Industriepolitik?*

Peter Bauer: Diese Frage bringt uns aus zwei Gründen nicht weiter.

Erstens ist der Begriff Industriepolitik negativ belegt. Das können Sie daran erkennen, dass die Markt-Fundamentalisten Sturm dagegen laufen und die Bestürmten sofort in Deckung gehen. Denn die verstehen unter Industriepolitik das Subventionieren von Industrien, die sich in der Reifephase befinden.

Zweitens ist der Begriff in einigen Politiker-Köpfen in der Weise festgenagelt, dass Geld ausgegeben wird, damit endlich Ruhe ist. Wie die Förderung der Informationstechnologie (IT) aussehen wird, werden wir ja demnächst besichtigen können. Gut gemeint, da wurde viel Vorarbeit geleistet. Wenn man dann aber die Auswirkungen im Arbeitsmarkt sieht, dürfte das große Nachdenken einsetzen. Fast alle IT-Lösungen sind Anwendungen der Mikroelektronik, und insofern sind wir diesbezüglich etwas gespannt. Zurück zu Ihrer Frage: Nennen wir das Baby nicht Industriepolitik, nennen wir es ganz einfach: umfassende Kenntnis der Spielregeln auf den Weltmärkten und was sich daraus für Politikfelder ableiten lässt. Wir wollen vergleichbare Spielregeln – keine Industriepolitik.

*Ich komme, ohne dass ich diesen Zusammenhang aus den Augen verlieren möchte, doch noch einmal auf die Bildungspolitik zurück: Was bedeutet der von Ihnen beschriebene Sachverhalt für diesen Bereich?*

Christoph Stoppok: Jetzt sind wir mitten im Thema. Der Verband, das sind nun mal die Mitglieder, die Organe des Verbandes und die verschiedenen themenspezifischen Arbeitsgruppen, sieht sich das Feld,

das Deutschland bietet, sehr genau an. Beim Bearbeiten dieses Feldes kommen etliche Unkräuter zutage: eine missverstandene Steuerpolitik, unzureichende Bildungspolitik, seltsames Gesellschaftsrecht, missverstandene Umweltschutzgesetzgebung etc.

Landauf, landab wird kritisiert, dass im Vergleich zu China und Südostasien zu wenige Ingenieure zur Verfügung stünden. Es mag stimmen, dass in Deutschland bestimmte Fakultäten Studieninhalte und Absolventen anbieten, denen keine Nachfrage gegenübersteht. Auch stimmt es, dass wir im naturwissenschaftlichen Bereich viel zu wenig Absolventen haben. Hier muss etwas getan werden. Leider schöpfen wir aber auch unsere vorhandenen Potenziale nicht genügend aus. Selbst wenn es uns in absehbarer Zeit gelingt, wieder mehr Studenten in naturwissenschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge zu bringen und sogar vielleicht noch das große Potenzial an Studentinnen zu erschließen, werden wir nicht über Nacht einfach so mehr Ingenieure haben. Ingenieure kann man nicht wie Brötchen über Nacht backen, das dauert seine Zeit.

Peter Bauer: An der Stelle kann man durchaus sagen, dass wir so gesehen noch keine Wissensgesellschaft haben. Ideen zur Besserung sind meines Erachtens recht einfach zu finden: Die Begeisterung für Ingenieurwissenschaften muss bereits in der Schule geweckt werden, und dazu braucht man Mittel – kleine Klassen, motivierte und nicht überarbeitete Lehrer und die geeigneten Lehrmittel. Und Gleiches gilt für die Universitäten: attraktive Lehrstühle mit guten Verbindungen zur Industrie.

Wir müssen unsere Bildungsausgaben erhöhen, aber auch sicherstellen, dass wir die Inhalte der Bildung „marktgerecht“ gestalten und die Bildungsinstitute wie Unternehmen effizient führen. Das klingt alles trivial, und das ist es auch, es wird deshalb jedoch trotzdem nicht beachtet. Gehen Sie mal nach Singapur und sehen sich dort an, wie die Kinder dort ausgebildet werden: Die haben verstanden, dass ihr Überleben in der Region von einem höheren Bildungsniveau abhängt.

*Wenn der ZVEI solche Problemfelder erkannt hat, was tut er dann, um die Probleme zu lösen? In welcher Weise oder auch: in welchen politischen Gremien ist er dafür tätig?*

Christoph Stoppok: Zunächst einmal ist es ein Prozess, der von unten nach oben läuft. So etwas wie eine Mitgliederversammlung hat dabei schon einen wichtigen Stellenwert. Aber es laufen auch viele Diskussionen und Meinungsbildungsprozesse schon im Vorfeld. Gewählte Gremien, wie z.B. der Vorstand, haben dabei eine besonders verantwortungsvolle Rolle. Hier werden oftmals Themen vorbereitet, und es werden sicherlich auch Themen priorisiert; Themen, die an den politischen Raum adressiert werden müssen, werden dann entweder von übergeordneten Gremien innerhalb des ZVEI weiter forciert oder auch in Dachorganisationen, wie z.B. im BDI oder auf europäischer Ebene in den entsprechenden Dachverbänden, wei-

terverfolgt. Da der ZVEI national, aber auch europäisch sehr gut vernetzt ist, verschaffen wir uns recht gutes Gehör. Dies ist uns aber auch deshalb möglich, weil wir in Deutschland noch sehr gut aufgestellt sind. In anderen europäischen Ländern ist das leider nicht – oder nicht mehr – so der Fall.


*Zum Abschluss kurz zu einem neuen Themenfeld: Wenn ich Sie richtig verstehe, dann halten Sie es für notwendig, in diesem Gespräch mit der Politik technische Lösungen anzustreben für Probleme, die, denken wir nur an die Ressourcenknappheit, zuallererst durch Technik entstanden sind.*

Peter Bauer: Auch. Selbstverständlich. Ich gebe Ihnen ein sehr bald aktuelles und brisantes Beispiel:

Völlig zu Recht wurde letztes Jahr der Begriff Energie-Effizienz hoffähig gemacht. Sowohl Brüssel als auch Berlin stellen diesen Begriff jetzt in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit und haben feste Gesprächstermine dazu vereinbart. Gerade unsere Branche kann in diesem Arbeitsschwerpunkt einen entscheidenden Beitrag leisten, und wir werden alles tun und nichts unterlassen, dieses für Europa lebenswichtige Themenfeld in allen Facetten zu bedienen.

Gerade in Deutschland und Europa können wir hier eine weltweite Führungsrolle übernehmen, da wir sowohl über ein höheres Umweltbewusstsein verfügen als auch die nötige Technik beherrschen. In diesem Bereich gilt dies noch mehr als für z.B. die IT und die Telekommunikation, die in den vergangenen Jahren so umworben wurden und von denen man sich die Heilung aller Wachstumsprobleme versprach. Hier ist es uns in Deutschland leider nicht gelungen, weltweit zu reüssieren; bei Techniken und Technologien zur besseren, effektiveren Nutzung vorhandener Energie haben wir eine gute Chance.

Dazu gehört aber auch, dass wir auf allen Entscheidungsebenen mitwirken. Am besten ist es natürlich, gleich die Initiative zur Bildung entsprechender Gremien zu übernehmen.

Sie sehen an diesem beispielhaften Ausschnitt, dass wir uns die Leistung eines wesentlichen Beitrags zur Behandlung eines Themas, das über die reine Produktentwicklung weit hinausgeht, auf die Fahnen geschrieben haben. Das Thema Energie-Effizienz ist ein hochpolitisches Thema, das in seinen Auswirkungen noch kaum erkannt ist. Eine Firma alleine kann diese Themenstellung nicht stemmen, dazu bedarf es eines Verbandes vieler Firmen. 



**Eine Oase der Ruhe im Herzen des Périgord.**

**Nehmen Sie sich Zeit, Zeit zu haben.  
Hier finden Sie Erholung und  
Entspannung in erlebnisreichem Umfeld.**



**Périgord-Dordogne**

*Südwestfrankreich*

**Europas älteste Kulturlandschaft  
erkunden, sich von einer verträumten,  
romantischen Landschaft aufnehmen  
lassen, wo Ruhe, Kultur und exquisite  
Küche ein heile Welt bilden.**

**8 Golfplätze in der Region. Jede Greenfee 25.-  
Internet: [www.perigord-privatresidenzen.de](http://www.perigord-privatresidenzen.de)  
E-Mail: [info@perigord-residences-privees.eu](mailto:info@perigord-residences-privees.eu)**

